

Wien und die Wiener.*)

Lebensmittelpreise in Wien vor fünfzig Jahren.

Das „Fremden-Blatt“ vom Dienstag den 31. Juli 1866 berichtete:

Seit Samstag sind die Preise der wichtigsten Lebensmittel gewachsen. Es wurden Eier 55 bis 62 Stück per 1 fl. verkauft. Die Erdäpfel, welche bereits flüchweise abgezogen wurden, sind von 12 fl. bis auf 3 fl. per Megen im Preise gefallen. Hülsenfrüchte werden aus Ungarn zu bisher um 16 fl. verkauft. Butter wurde um 55 Kreuzer per Pfund losgeschlagen, nachdem sie das Doppelte gekostet hatte, nur das Roggenmehl ist infolge der schlechten Kornerteurer geworden. Die Landleute führten die auf dem Felde aufgebundenen Garben gleich als Stroh zum Verkauf auf die Mäkte, weil sich das Ausdreschen nicht einmal lohnte.

Zur Schaffung einer neuen Gassagasse.

Uns wird geschrieben:

Lobliche Redaction! Die Jacquingasse im dritten Bezirk ist eine lange, mit prachtvollen Palais ausgestattete Gasse. Da sie einen fremden Namen führt, wäre sie sehr gut geeignet für die Umbenennung in „Gissagasse“. Mit Hochachtung

M. D., ein treuer Leser Ihres Blattes.

*) Zuschriften für diese Rubrik sind Dienstag und Donnerstag im Abendblatt erscheinende Rubrik werden nach Maßgabe des Interesses und der Raumverhältnisse veröffentlicht. Einlassungen wollen: an die Redaction des „Fremden-Blatt“ (für die Abteilung „Wien und die Wiener“) gerichtet werden.

Was die Wiener Ringstraße erzählt.

Am 1. Mai 1915 wurde die Wiener Ringstraße, deren Preis erst durch das im Kriege so interessant gewordene Pracht- und Riesengebäude des Kriegsministeriums vollendet wurde und von der ein Stück schon in der Friedenszeit Kaiser Wilhelmring hieß, fünfzig Jahre alt.

Am Christtag des Jahres 1857 brachte die „Wiener Zeitung“ das Allerhöchste Handschreiben des Kaisers an den Minister Dr. Alexander Bach, das die demnütigen Worte enthielt:

„Es ist Mein Wille, daß die Erweiterung der Inneren Stadt mit Rücksicht auf eine entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ehestmöglichst in Angriff und zugleich auch auf die Verschönerung Meiner Reichshaupt- und Residenzstadt Bedacht genommen werde. Zu diesem Ende bewillige Ich die Auflassung der Umwallung der Inneren Stadt sowie der Gräben um dieselbe.“

Das Handschreiben gab auch die Grundzüge der Durchführung der Stadterweiterung bekannt und ordnete die Bildung eines Baufonds an. Bis dahin hatte die Regierung sich absehnend verhalten und insofern die militärischen Funktionen um die Innere Stadt.

Es war eine empfindliche Wohnungsnot eingetreten. Die Bevölkerung hatte sich von 1846 bis 1856 von 407.980 auf 471.442 Personen vermehrt. Weizen, Rindfleisch und Brennholz stiegen um 40 bis 46 Prozent im Preise und keine Bauleist war vorhanden.

Dem damaligen „permanenten“ Gemeinderat legte man nahe, auswärtige Bauunternehmer heranzuziehen und ihnen, wenn sie ein Haus für 25.000 fl. sich bauen, das

Heinatsrecht, für größere Bauten das Bürgerrecht, nach Umständen sogar das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Der Kaiser hatte seine eigenen Entschlüsse gefaßt und nach dem oberrühnten kaiserlichen Handschreiben folgte am 17. März 1858 noch eine Verordnung, womit die Linienwälle zwar nicht aufgegeben wurden, fortan aber nicht mehr militärischen, sondern ausschließlich finanziellen Zwecken zu dienen hätten. Das Bauberbot von 18 Kasser-Breite innerhalb der Linienwälle wurde aufgehoben.

Ende Dezember 1858 hatte die Regierung von 85 eingelangten Projekten als beste Pläne für die Stadterweiterung anerkannt die der Professoren L. Förster, van d. Mill und Siccardsburg, des kaiserlich kaiserlichen Architekten Ferd. Stach, ferner berücksichtigt die Pläne des kaiserlichen Landesbaudirektors M. Rief, des preussischen Hofarchitekten L. Voss, des Privatiers Ed. Strache, der Sektionsräte M. Böhrr und Wenz. Streifflur, dann des Ingenieurs L. Zettl. Aus all den guten Ideen wurde dann der definitive Plan festgelegt.

Im Bauprogramm waren außer der Herstellung einer befestigten Kaiserne (Kudolfskaserne) noch je ein „befestigtes“ Wachhaus vor dem Schottentor und Kärntnerthor gefordert worden. Bei der endgültigen Planverfassung wurde davon Abstand genommen.

Mittlerweile entstanden Schwierigkeiten der Durchführung mit der Gemeinde Wien, welche nicht nur ein Recht auf die Stadterweiterungsgründe, sondern auch Einfluß auf die Baubestimmung in Anspruch nahm. Die Baubestimmung von 1859, die die Baubestimmung einführte, wurde geradezu als Unrecht gegen die Gemeinde angesehen und die ungleichen Steuerbefreiungen, wonach ein Bauherr auf der Ringstraße 30 Jahre, andere 18, 15 oder gar nur 12 Jahre von der Hauszinssteuer befreit wurden, hatten böses Blut gemacht. (Wird fortgesetzt)